Beschluss des 69. Bundeskongresses der Europa-Union

vom 25.10.2026

Für einen handlungsfähigen, zukunftsfesten und geopolitisch wirksamen Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union

Die Europa-Union Deutschland fordert die Bundesregierung auf, die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union als strategische Zukunftsentscheidung für Europa und Deutschland zu begreifen.

Der Bundeskongress begrüßt, dass die Bundesregierung auf eine stärkere Ausrichtung des EU-Haushalts auf Forschung, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, technologische Souveränität und gemeinsame europäische Zukunftsinvestitionen beispielsweise in Verteidigung drängt. Angesichts des globalen Wettbewerbs, der sicherheitspolitischen Herausforderungen, der notwendigen ökologischen und digitalen Transformation, dem Fachkräftemangel sowie der europäischen Erweiterung bedarf die Europäische Union einer klaren Priorisierung ihrer Mittel.

Gleichzeitig warnt der Bundeskongress davor, der Europäischen Union zusätzliche Aufgaben zu übertragen, ohne sie mit den dafür notwendigen finanziellen Ressourcen auszustatten. Eine Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger schützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, die Ukraine unterstützen, ihre Verteidigungsfähigkeit ausbauen und zugleich den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in Europa sichern soll, benötigt einen Finanzrahmen, der diesen Herausforderungen gerecht wird.

Die von nahezu allen europäischen Regierungen ausdrücklich gewürdigten Berichte von Mario Draghi und Enrico Letta haben den Handlungsbedarf für Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt klar benannt. Ihrer Umsetzung dürfen keine weiteren Verzögerungen folgen. Sie setzt einen angemessen ausgestatteten EU-Haushalt und neue Eigenmittel der Europäischen Union voraus.

Die Europa-Union Deutschland fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. sich für einen aufgabengerechten und zukunftsfesten Mehrjährigen Finanzrahmen einzusetzen, der sich in seiner Größenordnung stärker an den Vorschlägen des Europäischen Parlaments (1,27% BNE + 0,11% BNE Rückzahlung NGEU) orientiert als an rein nationalen Nettosaldoerwägungen; die Steigerung des MFF 2021-2027 von 1299 Mrd. EUR (1,14% BNE) auf den Kommissionsvorschlag für den MFF 2028-2034 von 1614 Mrd. EUR (1,15% BNE) + 149 Mrd. EUR (0,11% BNE) Rückzahlung NGEU ist ein Anstieg von 30%, entspricht aber lediglich Inflation und Wirtschaftswachstum und steht in Relation zur Steigerung von 68% bei den Haushalten der EU-Mitgliedstaaten. Deshalb weisen wir alle Vorwürfe, der EU-Haushaltsvorschlag von Kommission oder Parlament sei unangemessen, zurück;
2. einen kohärenten Vorschlag für mehr EU-Eigenmittel der EU zu unterbreiten, um die EU aus der Sackgasse herauszuführen, mehr Aufgaben mit weniger Mitteln zu erfüllen;
3. sich in ihrer besonderen Verantwortung für Europa für die zügige Umsetzung der Berichte von Mario Draghi und Enrico Letta einzusetzen und dafür sowohl einen angemessen ausgestatteten EU-Haushalt als auch neue Eigenmittel der Europäischen Union zu unterstützen;
4. eine Stärkung der europäischen Investitionen in Forschung, Innovation, Infrastruktur, Digitalisierung, Verteidigung, Klimaschutz, soziale Kohäsion, aktive Bürgergesellschaft, gute Bildung und Qualifizierung sowie die Vorbereitung künftiger Erweiterungen und einer starken Rolle von Europa in der Welt aktiv zu unterstützen;
5. zugleich ihre auf die EU-Finanzen bezogene Verhandlungsmacht zu nutzen, um auf politische und institutionelle Reformen der Europäischen Union hinzuwirken, die deren politische und finanzielle Handlungsfähigkeit dauerhaft stärken, gerade in Bezug auf eine Europäische Verteidigungsunion;
6. insbesondere die Nutzung der im Primärrecht vorgesehenen Brückenklauseln (Passerelle-Klauseln) voranzubringen, um dort, wo dies rechtlich möglich und politisch geboten ist, den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen zu erleichtern und europäische Selbstblockaden zu überwinden;

7. den Zusammenhang von finanzieller und institutioneller Handlungsfähigkeit ausdrücklich anzuerkennen: Eine Europäische Union, die schneller entscheiden kann, ist auch in der Lage, ihre finanziellen Ressourcen wirksamer einzusetzen.
8. Programme, die Europa für Bürgerinnen und Bürger konkret erlebbar machen, nicht zu kürzen, sondern gezielt zu stärken; dies gilt insbesondere für Erasmus+ und AgoraEU sowie vergleichbare Austausch-, Bildungs- und Begegnungsprogramme, aber auch für partizipatorische Förderprogramme zur ländlichen Entwicklung wie LEADER.

Der Bundeskongress stellt fest, dass ein erfolgreicher Abschluss der MFR-Verhandlungen vor dem Jahr 2027 von herausragender strategischer Bedeutung ist. Scheitert eine Einigung oder wird sie übermäßig verzögert, droht die europäische Zukunftsdebatte in den Sog bevorstehender nationaler Wahlkämpfe zu geraten.

Die Bundesregierung sollte deshalb die gegenwärtige politische Konstellation nutzen, um gemeinsam mit den proeuropäischen Kräften in Frankreich, Polen und anderen Mitgliedstaaten eine tragfähige Verständigung über die finanzielle und institutionelle Zukunft Europas zu erreichen. Die aktuellen Koordinierungsbestrebungen der Bundesregierungen mit anderen EU-Mitgliedstaaten hin zu einem kleineren EU-Haushalt stehen dabei in einem deutlichen Kontrast zu diesem Ziel und müssen deutlich kritisiert werden. Unsere Zukunft liegt in gemeinsamen Lösungen und einer stärkeren EU, die auch mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet wurde.

Deutschland hat ein fundamentales Interesse an einer handlungsfähigen Europäischen Union. Ein starkes, geeintes und demokratisches Europa ist Teil deutscher Staatsräson. Der nächste Mehrjährige Finanzrahmen bietet die Chance, dieses Europa finanziell, politisch und institutionell zu stärken. Diese Chance darf nicht ungenutzt bleiben.